

GSG-Schülerzeitung: März 2010 | Preis: 1,00 €

Pausenbröt



Das Interview
*Cem Özdemir im
Gespräch*



Oettingers „Inklisch“
„Sänk ju for inweiting me tu...“

Migration - Asylheim Heumaden

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Interview mit Cem Özdemir

von Duncan Opitz

Dieses von mir leicht abgewandelte Sprichwort trifft nach den letzten Bundestagswahlen im September des vergangenen Jahres vor allem für eine bestimmte Partei zu.

Während die große Koalition (CDU, CSU und SPD) von einer schwarzgelben Mehrheit (CDU, CSU und FDP) abgelöst wurde, bleibt für die Partei Bündnis 90 / Die Grünen, die sich erneut mit einem Platz in der Opposition abfinden muss, alles beim Alten. Auch mein Gesprächspartner, der Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, konnte sein Ziel, das Direktmandat im Wahlkreis Stuttgart I für sich zu gewinnen, nicht erreichen und somit bleibt es ihm vorerst verwehrt, im Bundestag Platz zu nehmen. Ich traf mich mit dem deutsch-türkischen Wahlberliner und Vater zweier Kinder am Eschbach-Gymnasium in Stuttgart-Freiberg, wo er bei einer Podiumsdiskussion der Oberstufe als Experte zum Thema "Einwandererland Deutschland" eingeladen wurde.

Pausenbrot: Herr Özdemir, zu Beginn des Gespräches würde ich mit Ihnen gerne etwas weiter zurückgreifen und auf die letzten Bundestagswahlen im September des vergangenen Jahres eingehen. Kam es für Sie unerwartet, dass Sie das Direktmandat trotz der vorherigen Kommunalwahl in Stuttgart, bei der Ihre Partei am besten abgeschnitten hatte, nicht gewinnen konnten und wie zufrieden sind Sie mit dem Wahlergebnis?

Cem Özdemir: Einerseits finde ich, dass ich mit 29,9 % für einen grünen Kandidaten ein sehr gutes Ergebnis erreichen

konnte. Wir feiern den 30. Jahrestag der Gründung unserer Partei und kaum einer hätte sich damals wohl vorstellen können, dass wir mal bei der Kommunalwahl in Stuttgart am stärksten und bei den Erststimmen der Bundestagswahl in einem der beiden Stuttgarter Wahlkreise am zweitstärksten, nur knapp hinter der CDU, abschneiden. Andererseits muss man sagen, dass der zweite Sieger nun mal nicht erster Sieger ist. Und deshalb



ärger es mich trotz des großen Erfolges natürlich, dass ich den Wahlkreis nicht gewonnen habe. Aber ich bin durch dieses Ergebnis optimistisch gestimmt, was die Zukunft angeht, in 4 Jahren sieht man sich wieder.

PB: Hat sich durch die Wahlergebnisse etwas an Ihren Aufgaben oder Ihrer Stellung innerhalb der Partei geändert?

CÖ: Das Erst- und Zweitstimmenergebnis stellt einen großen Ansporn für mich persönlich, aber auch für meine Partei dar. Wir haben daran gesehen, dass wir unser Wählerspektrum mittlerweile deutlich erweitern können, das ist eine wichtige Aufgabe für die Zukunft. Was meine Stellung innerhalb der Partei angeht, hat sich nichts geändert, ich bin nach wie vor

neben Claudia Roth Bundesvorsitzender.

PB: Ein Faktor, der sich sehr stark auf die Wahlergebnisse speziell im Raum Stuttgart ausgewirkt haben könnte, ist die Tatsache, dass Ihre Partei so gut wie die einzige ist, die sich durchweg gegen das Projekt Stuttgart 21 ausspricht. Trübt das Ihren Erfolg ein wenig oder sehen Sie diesen Faktor als nicht so sehr ausschlaggebend an?

CÖ: Im Bezug auf die Kommunalwahlergebnisse hat unsere klare Meinung zu Stuttgart 21 sicherlich eine wichtige Rolle gespielt. Manche Stuttgarter und Stuttgarterinnen, die mich bei der Bundestagswahl gewählt haben, hatten sicher die Faust in der Tasche und die Hoffnung, dass die anderen Parteien über meine Wahl doch noch im letzten Moment aufwachen und Stuttgart 21 beerdigen. Aber wir haben den Wahlkampf bewusst so angelegt, dass wir uns nicht ausschließlich auf Stuttgart 21 konzentriert haben. Es gab schließlich noch viele andere Themen, etwa der Erhalt des Automobilstandorts Stuttgart.

PB: An unserer Schule gab es nach den Sommerferien, ungefähr eine Woche vor der eigentlichen Bundestagswahl, eine sogenannte Schülerwahl, bei der alle Schüler den gleichen Wahlzettel bekamen wie die Erwachsenen eine Woche später und somit ihre eigene Stimme abgeben sollten.

CÖ: Und, hat das Resultat mit den Bundestagswahlergebnissen einigermaßen übereingestimmt?

PB: Nicht wirklich, da Sie bei den Erststimmen klar gewonnen hätten und Ihre

Partei mit über 40 % die stärkste Fraktion gewesen wäre.

CÖ: Wow (strahlt zufrieden). Jetzt müssen wir nur noch den Rest der Gesellschaft überzeugen ... da haben wir noch viel vor (lacht).

PB: Wie deuten Sie dieses Indiz dafür, dass Sie bei der Jugend weitaus beliebter zu sein scheinen als bei den momentan Wahlberechtigten, bei welchen Sie noch weit entfernt von diesem Traumergebnis liegen?

CÖ: Wir setzen uns für Klimaschutz, bessere Bildung und mehr soziale Gerechtigkeit ein. Das sind Themen, die auch den Jugendlichen unseres Landes unter den Nägeln brennen. Ich denke, wir sind auch eine offenere Partei, was die Beteiligungsmöglichkeiten angeht. Ich sehe nicht, dass die anderen Parteien ebenso viel Wert legen auf die Beteiligung der Bürger oder selbst der eigenen Parteibasis, wie wir das tun. Und wenn man sieht, dass Stuttgart 21 ein Projekt ist, das von der CDU über die SPD bis hin zur FDP gemeinsam getragen wird, frei nach dem Motto ‚Augen zu und durch, egal was die Stuttgarterinnen und Stuttgarter davon halten‘, dann hat das auch etwas mit der Arroganz der Macht zu tun. Und nicht vergessen sollten wir: Wir haben auf allen Ebenen, also Kommunen, Länder und Bund, selbst viele junge Aktive und Abgeordnete.

PB: Auf welche weiteren Punkte legen Sie und Ihre Partei momentan denn am meisten Wert und wofür bzw. wogegen wollen Sie sich künftig besonders einsetzen?

CÖ: Nehmen wir doch mal aktuell die

mit gutem Grund umstrittenen Steuer-senkungen auf Pump. Die Milliarde, die durch die Mehrwertsteuersenkung für Hotels anfällt, wäre sinnvoller in Kindergärten, Schulen und Universitäten und damit auch in mehr soziale Gerechtigkeit investiert. Wir müssen andere Prioritäten setzen als diese schwarz-gelbe Regierung. Umso wichtiger ist es, dass wir es bei der nächsten Bundestagswahl in die Regierung schaffen und dann die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

PB: Damit haben Sie sogleich eine Ihrer entscheidendsten Hürden angesprochen, die zu bewältigen sein werden, nämlich die Tatsache, dass Sie in der Opposition gelandet sind und somit sozusagen die Gegner der aktuellen Regierung darstellen. Was kann man als „nicht regierende“ Opposition denn überhaupt bewirken und wie wollen Sie Ihre Ziele trotz dieses Hindernisses erreichen?

CÖ: Als Opposition steht man in der Pflicht, gute politische Konzepte vorzulegen, an denen man die Arbeit der Regierung misst. Wir sagen nicht einfach, dass die Regierung schlechte Arbeit leistet, wir sagen auch, wie man es besser machen kann. Die Bürgerinnen und Bürger würden es nicht akzeptieren, wenn man immer nur stänkert, ohne klare Alternativen auf den Tisch zu legen. Zugleich braucht man in der Opposition Verbündete in der Gesellschaft. Die gibt es auch. Viele Verbände, aber auch die Mehrheit der Bevölkerung lehnen Steuersenkungen ab und wollen das Geld viel lieber in die Bildungspolitik investiert sehen. Und auch unter den Wählerinnen und Wählern von CDU und FDP gibt es einige, die gegen eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken sind. Dazu kommen zahlreiche Initiativen, die gemeinsam mit uns für

den Atomausstieg und für den Ausbau der erneuerbaren Energien kämpfen. Wir sind die parlamentarische Opposition, wir wollen aber auch gesellschaftliche Bündnisse schmieden, damit der Druck auf die Regierung spürbar stärker wird, einen anderen Kurs einzuschlagen. Und schließlich gibt es vor 2013 auch noch Landtagswahlen, im Mai in Nordrhein-Westfalen, nächstes Jahr hier in Baden-Württemberg. Auch hier haben wir den Anspruch, in Regierungsverantwortung grüne Politik zu machen.

PB: Ein weiterer erwähnenswerter Aspekt der letzten Bundestagswahlen war der enorme Verlust der SPD, welche für Sie und Ihre Partei den Wunschkoalitionspartner dargestellt hätte.

CÖ: Die SPD ist uns inhaltlich sicher am nächsten, allerdings muss man sich auf einen Koalitionspartner auch verlassen können. Gerade in Baden-Württemberg konnten wir das nicht immer. Rezzo Schlauch hätte Oberbürgermeister in Stuttgart werden können, wenn die SPD nicht nach dem Motto „Lieber einen CDUler als einen Grünen“ agiert hätte. Und in meinem Wahlkreis hat sich die im Vorfeld als chancenlos geltende Kandidatin der SPD auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Wir Grünen sind eine eigenständige Partei, weder das Anhängsel dieser oder jener Partei.

PB: Sie sagen, Sie seien eine eigenständige Partei. Trotzdem werden Sie bei der nächsten Bundestagswahl vermutlich keine Prozentzahl erreichen, die Ihnen die Alleinherrschaft bringt und auch mit der SPD zusammen hätte es bei der letzten Wahl nicht zu einer Mehrheit gereicht. Also gehe ich davon aus, dass Sie sich bereits Gedanken gemacht haben, wel-

che Partei als Koalitionspartner für die Ihre mehr und welche weniger in Frage kommen würde. Oder liege ich mit meiner Vermutung falsch?

CÖ: (schmunzelt) Zu einer rein grünen Mehrheit wird es in naher Zukunft voraussichtlich nicht kommen, also wird eine grüne Regierungsbeteiligung immer nur mit einem oder mehreren Partnern zustande kommen. Entscheidend ist aber, dass ein Partner inhaltlich zu uns passt und wir grüne Politik durchsetzen können. In Bremen ist das etwa die SPD, in Hamburg regieren wir mit der CDU. Die CDU in Hessen unter Roland Koch wiederum ist eine ganz andere als die CDU von Ole von Beust. Es gibt hier keine Standardantwort.

PB: Einen sicheren Partner können Sie aus den von Ihnen erwähnten Gründen also noch nicht nennen, aber wie sieht das in die andere Richtung aus? Können Sie sagen, ob es eine Partei gibt, mit welcher Sie auf Grund ihrer Inhalte und Zielsetzung vermutlich nie auf einen Nenner kommen würden und die Sie bereits jetzt als Koalitionspartner ausschließen können?

CÖ: In der Politik geht es auch darum, dass man sich mit Leuten unterschiedlicher Positionen zusammensetzt und abwägt, ob man inhaltlich auf einen gemeinsamen Nenner kommt. Der Maßstab für solche Koalitionsgespräche müssen Inhalte sein und nicht der reine Wunsch, regieren zu können, davon halte ich nichts. In einer Demokratie muss man auch Kompromisse eingehen. Wenn sich am Ende solcher Gespräche aber herausstellt, dass eine Zusammenarbeit nicht funktionieren kann und Kompromisse nicht tragbar sind, dann muss man

erhobenen Hauptes in die Opposition gehen. Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit.

PB: Was unsere Leserschaft, die fast ausschließlich aus Minderjährigen besteht, wahrscheinlich besonders interessiert, sind Ihre Ziele und Vorhaben im Bezug auf die Jugend. Haben Sie da bestimmte Vorstellungen und wie ist Ihre Meinung zur vor kurzem in BW eingeführten G8-Reform bzw. zum allgemeinen Bildungssystem?

CÖ: Die G8-Reform wurde überhitzt und ohne Einbeziehung der Schulen, Eltern und Schülerschaft vorgenommen. Man kann nicht einfach die Schulzeit verkürzen und sonst quasi alles beim Alten lassen, etwa was die Lehrpläne oder den Ausbau der Ganztagschulen angeht. Der Druck auf alle Beteiligten ist immens, an vorderster Stelle die Schülerinnen und Schüler, aber auch Eltern und Lehrerschaft. Hinzu kommt, dass doppelte Jahrgänge auch eine Herausforderung für den Ausbildungsmarkt und die Universitäten sind. Wir brauchen dann auch mehr Studienplätze, bessere Studienbedingungen. Ich sehe nicht, dass die Landesregierung hier entsprechend reagiert. Es gibt in Baden-Württemberg ohnehin zahlreiche Baustellen in der Schulpolitik, das zeigen ja auch die Proteste zahlreicher Schulleiter.

Wir müssen in der Bildungspolitik grundsätzlich umdenken und eine bessere Grundlage für alle Kinder legen. Dazu gehört, dass wir die Chancen der Kinder, die aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt sind, früher verbessern. Wir brauchen einen Ausbau von Kindertagesstätten für unter 3jährige, aber auch eine bessere Qualität, etwa im Bereich der Aus- und Fortbildung der Erzieher. Das kostet

Geld, aber ich bin der Meinung, dass es sich dabei um gut angelegtes Geld handelt, weil im Kindergartenalter entscheidende Grundlagen gelegt werden. Darüber hinaus wollen wir Grünen auch, dass gute Ganztageschulen zum Standard und die Kinder auch nicht mehr wie üblich nach der 4. Klasse getrennt werden. Wir wollen, dass die Kinder länger gemeinsam lernen und individuell gefördert – und nicht nach der 4. Klasse nach der sozialen Herkunft aussortiert werden, wie es heute de facto der Fall ist. Aber entscheidend ist für mich, dass mehrere Dinge zusammenkommen: längeres gemeinsames Lernen, mehr individuelle Förderung in Ganztageschulen, nicht zuletzt eine bessere Qualität des Unterrichts und der Schulen insgesamt. Nur so kann man die Eltern von der Notwendigkeit einer Schulreform überzeugen und nur so haben auch alle Kinder etwas davon. Eine bessere Qualität der Schulen ist genauso wichtig wie moderne Strukturreformen, beides gehört zusammen.

PB: Ich spreche aus eigener Erfahrung, wenn ich sage, dass die Gesellschaft heutzutage je nach Bildungsstand in Gruppen aufgeteilt ist. Ein Beispiel hierfür wären die Vorurteile, die oftmals zwischen Gymnasiasten und Hauptschülern herrschen und teilweise zur Abgrenzung der Jugendlichen unterschiedlicher Schulformen führt. Spielt dieser Aspekt in Ihre Meinung und somit in die Entstehung Ihrer Vorstellung eines radikal veränderten Bildungssystems?

CÖ: Ich kann das anhand meiner eigenen Erfahrungen gut nachvollziehen, da mich mein eigener Bildungsweg durch viele Stufen bzw. Schulformen geführt hat. Ich bin von der Hauptschule auf die Realschule gewechselt, zur Fach-

hochschulreife bin ich über den zweiten Bildungsweg nach einer Ausbildung als Erzieher gekommen. Es gibt aber noch einen anderen Grund für eine dringend notwendige Bildungsreform mit besseren Schulen und Universitäten: Innovationen. Wenn wir relativ zur Bevölkerung gesehen genauso viele „Käpsele“ und Akademiker hervorbringen wie etwa China oder Indien, werden die beiden Länder allein schon wegen ihrer großen Bevölkerungszahl einen immensen Vorteil haben. Es geht hier darum, Produkte zu erfinden und zu entwickeln, insgesamt weiter konkurrenzfähig zu sein und auch die globalen Herausforderungen zu bewältigen. Dafür brauchen wir unbedingt die besten Kindergärten, Schulen, Ausbildungsbetriebe und Universitäten in Deutschland, aber auch in ganz Europa. Sollten wir nicht entsprechende Prioritäten setzen, sondern das Geld stattdessen für Steuerensenkungen auf Pump ausgeben, so werden wir auf lange Sicht nicht mehr mithalten können. Die damit aufkommenden Probleme wird die Jugend von heute auszubaden haben und das wollen und müssen wir verhindern.

PB: Sie haben eben bereits Ihren Bildungsweg in Kurzform geschildert. Anknüpfend an diesen würde ich vor allem gerne den Auslöser wissen, der Sie dazu verleitet hat, politisch aktiv zu werden und die Politik als Berufsweg einzuschlagen. Sind unter Ihren Familienmitgliedern auch Politiker bzw. Mitglieder einer Partei?

CÖ: Meine Eltern, die sich wahrscheinlich nie erträumt hätten, dass ihr Sohn einmal politisch aktiv wird, sind in den 60er Jahren zur Zeit der Anwerbeabkommen als so genannte Gastarbeiter nach Deutschland gekommen. Ich bin der Einzige im

größeren Familienkreis, der in die Politik gegangen ist. Neben der Tatsache, dass auf der Realschule mein politisches Interesse von einigen Lehrern besonders aktiv gefördert wurde und ich zeitweise auch Schülersprecher war, hatten zwei prägende Erfahrungen aus meiner Jugend besonderen Einfluss auf meinen persönlichen Weg. Zum einen war ich damals, wie Sie jetzt auch, bei der Schülerzeitung meiner Schule aktiv. Auch wenn ich heute nicht unbedingt jeden der damals von mir verfassten Artikel noch einmal nachdrucken lassen würde (schmunzelt), fand ich es nicht richtig, dass jeder Artikel von der Schulleitung genehmigt werden musste. Meine zweite persönliche Erfahrung stammt aus der Zeit, in der die Zugstrecke von meinem Geburtsort Bad Urach nach Metzingen eingestellt wurde. Ich habe mich gemeinsam mit anderen dafür eingesetzt, dass die Schienen nicht rausgerissen und die Strecke nicht still gelegt wurde, in dem etwa Sonderfahrten stattfanden. Heute gibt es diese Strecke immer noch und der Zug fährt wieder regelmäßig. Und dieses Erlebnis, welches ich gerne mit dem Irrsinnprojekt Stuttgart 21 vergleiche, hat mir gezeigt, dass man den oftmals selbsternannten Experten, die uns heute sagen, wir bräuchten Atomkraftwerke und einen unterirdischen Bahnhof in Stuttgart, nicht immer Glauben darf. Außerdem ist der Ausgang dieser Geschehnisse ein passendes Beispiel dafür, dass man als Gruppe von Gleichgesinnten etwas bewegen und auch verändern kann.

PB: Diese Meinung scheinen momentan allerdings nur geringe Teile der Bevölkerung unseres Landes zu teilen, was an der zunehmenden Politikverdrossenheit und der damit verbundenen Abnahme der Wahlbeteiligung deutlich zu erken-

nen ist. Viele Bürgerinnen und Bürger wissen nicht, wen oder ob sie überhaupt wählen sollen. Viel schwerwiegender erscheint mir jedoch die Auswirkung auf die Jugend, da sich kaum noch Heranwachsende vorstellen können, in ihrem späteren Leben politisch aktiv zu werden. Wie und mit welchen Argumenten würden Sie also speziell bei der Jugend für neue Mitstreiter bzw. allgemein für neue Politiker werben und dieser Entwicklung entgegenwirken?

CÖ: Es ist wichtig, dass sich Menschen in den demokratischen Parteien engagieren und dort für ihre Ansicht eintreten. Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, etwa Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen, auch die Teilnahme an Demonstrationen wie etwa gegen Stuttgart 21 gehört dazu. Wir müssen deutlich machen, dass eine Demokratie nur dann auf Dauer Bestand haben kann, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger auch damit identifizieren und sich engagieren, gerne in meiner Partei, aber auch in den anderen. Wenn ich etwa wie heute am Eschbach-Gymnasium mit Schülerinnen und Schülern diskutiere, geht es mir auch darum, deutlich zu machen, wie wichtig es ist, dass sie sich engagieren und ich sie auch ernst nehme. Schließlich betreffen zahlreiche politische Entscheidungen die Zukunftschancen der jüngeren Generationen. Man kann sich auf der Homepage einer Partei informieren, welche Beteiligungsmöglichkeiten es gibt. Jede und jeder ist herzlich eingeladen!

PB: Ich war am 11. September des vergangenen Jahres, also kurz vor der Bundestagswahl, auf dem Stuttgarter Rathausplatz, als Bundeskanzlerin Merkel zu Besuch war und als einige weitere CDU-Politiker eine Rede hielten. Einer dieser

Politiker war Stefan Kaufmann, der ebenso wie Sie im Wahlkreis Stuttgart I kandidierte und die Wahl letztendlich für sich entscheiden konnte. Herr Kaufmann hat an diesem Tag wie bereits einige Male zuvor scharf gegen Sie geschossen, indem er Ihren Wohnsitz Berlin als untauglich für einen Politiker, der Stuttgart im Bundestag repräsentieren soll, bezeichnete. Was sagen Sie zu diesen Vorwürfen und aus welchen Gründen leben Sie mittlerweile in der Hauptstadt und haben Ihrer schwäbischen Heimat vorerst den Rücken gekehrt?

CÖ: Ich habe meiner schwäbischen Heimat nicht den Rücken gekehrt, immerhin leben meine Eltern noch hier und auch dieses Gespräch führen wir gerade in Stuttgart. Wenn ich in Berlin wohne, hat das berufliche und private Gründe. Herr Kaufmann ist ja jetzt Mitglied des Bundestages, der sich bekanntlich nicht in Stuttgart, sondern in Berlin befindet. Ich nehme mal an, er hat jetzt auch einen Wohnsitz in Berlin, schließlich ist sein Arbeitsplatz dort. Insofern war das ein rein populistisches Argument, von dem Herr Kaufmann bereits im Wahlkampf wusste, dass es nicht zutreffend ist. Er hat ja auch einen Kinowerbespot produzieren lassen, für den er sich nachträglich entschuldigte. Darüber hinaus hat er Flugblätter verteilen lassen, mit denen man sich einen Berliner bei einer Bäckerei abholen konnte. Auf dem Flugblatt wurde nicht deutlich, dass er dafür verantwortlich ist, was ich schon seltsam fand, da Herr Kaufmann ja Rechtsanwalt ist und die Rechtslage kennen sollte. Die Bäckerei hat sich übrigens von der Aktion distanziert. Jedenfalls ist das nicht mein Stil. Ich stehe für eine dialogische Politik, in der man den politischen Gegner zwar als Konkurrenten, aber nicht als Feind

betrachtet. Wir haben einen Wahlkampf gemacht, der sich mit politischen Inhalten beschäftigt und nicht den politischen Gegner denunziert. Aber das soll jeder für sich entscheiden.

PB: Kommen wir nun zu etwas aktuelleren Themen. Was ist Ihre Meinung zur Klimakonferenz in Kopenhagen zu Beginn des Jahres und wo sehen Sie die Gründe für das Scheitern des Gipfels?

CÖ: Die Industrieländer haben einen großen Anteil am Scheitern des Gipfels. Sie waren nicht bereit, die Entwicklungsländer finanziell ausreichend zu unterstützen. Es geht nicht nur darum, die Klimaerwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Es geht auch um Präventionsmaßnahmen, das heißt die Vorbereitung auf mögliche Folgen des Klimawandels, speziell in Ländern, die besonders vom ansteigenden Meeresspiegel betroffen sind. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Begrenzung des CO₂-Ausstoßes. Länder wie Indien und China werden in nächster Zeit in diesem Bereich noch Steigerungen haben, allerdings muss man auch sehen, dass wir Europäer gemeinsam mit den USA der Hauptverursacher der aktuellen Situation sind. Deshalb kann man das nicht ignorieren, wenn die Entwicklungsländer mit dem Finger auf uns zeigen. Unser Anteil an der Problemlösung muss auch ein größerer sein als der von Indien und China. Das Ziel muss sein, dass im Jahre 2050 alle Menschen auf diesem Planeten in etwa gleichviel CO₂ ausstoßen – und das heißt nicht, dass die Chinesen zu unseren Höchstwerten aufschließen sollen, sondern dass wir unseren Ausstoß verringern müssen. Der Klimawandel muss als gemeinsames Problem betrachtet werden, nur so können wir die Herausforderung erfolgreich bewälti-

gen. Wir müssen aber vor Ort anfangen: Wir können nicht weiter Kohlekraftwerke bauen, die das Problem verschlimmern und den Ausbau der erneuerbaren Energien behindern. Wir müssen auch eine Kerosinsteuer im Flugverkehr einführen und Bahnfahrten günstiger machen. Wir brauchen auch ein Tempolimit. Das sind nur ein paar Beispiele, wo die Bundesregierung endlich aktiv werden muss, damit wir die Klimaschutzziele auch erreichen können.

PB: Ein weiteres, immer wieder aufkommendes Diskussionsthema in der Öffentlichkeit, das von der Altersgruppe her vor allem unsere Leser betrifft, ist die angeblich erhebliche Zunahme der Jugendkriminalität in den letzten Jahren. Als Beispiele wurde neben den U-Bahn-Schlägern von München vor allem der wohl erschütterndste Fall, der Amoklauf in Winnenden, diskutiert.

CÖ: Es ist gut, dass wir keine amerikanischen Verhältnisse haben á la ‚Jeder braucht eine Waffe zu Hause‘. Allerdings finde ich, dass auch wir sicher eher zu viele als zu wenige Waffen in Privatbesitz im Umlauf haben. Dadurch wird unsere Gesellschaft nicht sicherer, ganz im Gegenteil. Im Fall von Winnenden war eine Grundlage dieser Tragödie ja auch, dass die Waffe frei verfügbar war.

PB... genau im Schlafzimmerschrank des Vaters...

CÖ: Deshalb muss es Gesetze geben, die den Besitz von Waffen streng reglementieren. Es muss auch die Frage gestellt werden, wozu man überhaupt eine Waffe braucht. Ich fühle mich jedenfalls sicherer in einer Gesellschaft, in der die Leute zu Hause keine Waffen haben.

Was die U-Bahn-Schläger angeht: Es ist aus meiner Sicht nicht hilfreich, sich bei den Debatten zu sehr auf die ethnische Herkunft der Täter zu konzentrieren. Hier sind es türkische und griechische, dort – nehmen wir etwa die Münchner S-Bahn-Schläger, die einen Fahrgast zu Tode geprügelt haben – sind es deutsche Jugendliche. Viel entscheidender sind die individuellen Lebensumstände der Täter, in welchen sozialen und kulturellen Verhältnissen sie aufwachsen, ob sie in der Familie Gewalt erfahren haben, wie sie ihre Freizeit verbringen, ob es in ihrer Nähe Jugendclubs mit Sozialpädagogen gibt, ob sie eine Ganztagschule besuchen, ob sie schon einmal aufgefallen sind und die Behörden nicht angemessen reagiert haben. Es kommen nach solchen Taten reflexartig Forderungen nach Strafen- und Gesetzesverschärfungen, ich sehe nicht, dass wir das Problem dadurch lösen würden.

PB: OK, vielen Dank für dieses aufschlussreiche und vielseitige Gespräch, Herr Özdemir.

